

Arbeitszeitrichtlinie erneut im Fokus der EU-Kommission

Am 4. September 2014 haben sich in Brüssel die Mitglieder der EGÖD-Beratungsgruppe für die Revision der Arbeitszeitrichtlinie getroffen, um sich darüber abzustimmen, wie auf die Absicht der Europäischen Kommission im Rahmen von Deregulierung und Bürokratieabbau auch die EU-Arbeitszeitrichtlinie zu „reformieren“, zu reagieren ist.

27 Teilnehmer aus 15 Ländern trafen sich zum Informationsaustausch; Ver.di ist u.a. durch den Bundesfachgruppenleiter Feuerwehr – Arno Dick – in der Beratungsgruppe vertreten.

In einer Mitteilung vom Juni 2014 hat die Europäische Kommission angekündigt, 2015 einen neuen Vorschlag für eine revidierte Arbeitszeitrichtlinie vorzulegen.

Da die Ankündigung im Rahmen der Mitteilung zum Bürokratieabbau-Programm (REFIT) erfolgte und die Richtlinie zuvor Teil der Untersuchung über die 10 Rechtsvorschriften mit dem größten Verwaltungsaufwand für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) war, kann man sich bereits vorstellen, in welche Richtung die Kommission ihre Argumentation aufbauen wird: Die bestehende Richtlinie sei zu kompliziert, verursache zu viel Verwaltungsaufwand, insbesondere für KMU, sei demnach zu teuer und ein Hindernis für Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit.

Diese Annahme bestätigt sich auch durch die beiden Evaluationsstudien, die die Generaldirektion Beschäftigung der Kommission über den Sommer in Auftrag gegeben hat.

Aus unserer Sicht sind die neuerlichen Studien entbehrlich, bereits die vorhandenen Untersuchungen machen deutlich, dass die Kontrolle der Arbeitszeit eine Schlüsselfrage für Gesundheit und Sicherheit in der Arbeitswelt ist.

Der Deloitte-Bericht der EU-Kommission im Jahr 2010 macht deutlich, dass Arbeitszeitverlängerung über die Grenzen der aktuellen Höchstarbeitszeit zu einem erhöhten Risiko von gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen würde - während eine Verringerung der Arbeitszeit eine Verringerung der gesundheitlichen Probleme zur Folge hat.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=89&langId=de&newsId=964&furtherNews=yes>

Neuere medizinische Forschungen haben die Risiken für die Gesundheit hervorgehoben. Anhand der Daten aus einer Langzeitstudie von Beamten in Großbritannien (Whitehall II), haben Forscher am University College London ermittelt, dass bei Arbeitszeiten von mehr als 11 Stunden am Tag das Risiko von Herzerkrankungen um 67 Prozent steigt, verglichen mit denen einer Arbeitszeit von 7-8 Stunden pro Tag (Annals of Internal Medicine, April 2011).

Lange Arbeitszeiten sind mit Konzentrationschwäche und Ermüdung verbunden. Insbesondere in der Gesundheitsversorgung hat das fatale Folgen. Eine Studie von Forschern an der John Hopkins University in den USA fand Beweise für höheren Patientensterblichkeit in Krankenhäusern, in denen Krankenschwestern längere Arbeitszeiten hatten.

<http://ehstoday.com/health/news/working-hours-nurses-patient-mortality-1200>

Laut Deloitte-Bericht ist durch Studien belegt, dass Arbeitszeiten in Einklang mit den Bestimmungen der Arbeitszeitrichtlinie zu einer Verringerung der medizinischen Fehler und damit zu einer Erhöhung der Patientensicherheit führen.

feuerwehrreport



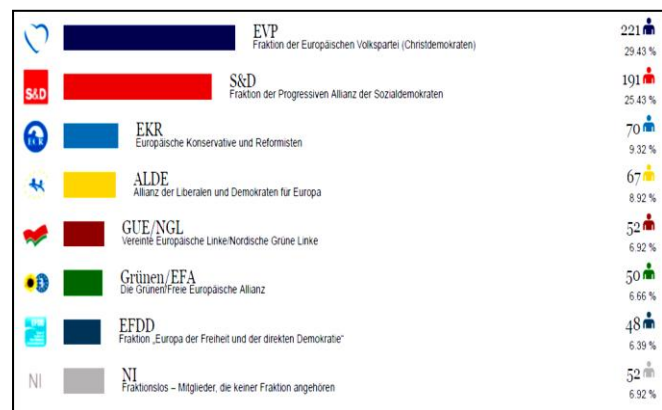
Ausgabe 21 – September 2014

Forscher an der Stanford University in den USA verweisen auf die negativen Auswirkungen von längeren Arbeitszeiten auf die Produktivität. Sobald die Mitarbeiter gezwungen waren, mehr als 40 bis 50 Stunden pro Woche (oder 8 bis 10 Stunden pro Tag) zu arbeiten, sank ihre Gesamtleistung über einen längeren Zeitraum unter das Niveau bei einer 40 bis 50 Stunden-Woche.

<http://cs.stanford.edu/people/eroberts/cs201/projects/crunchmode/econ-factors-decreased.html>

Das Problem ist, dass diese Untersuchungsergebnisse nicht in das politische Bild der EU-Kommission passen, die scheinbar Gesundheits- und Arbeitsschutzregeln als unnötigen bürokratischen Ballast betrachtet, der abgeworfen werden muß, um Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Wir erwarten, dass die EU-Kommission Änderungen bei Bereitschaftszeiten, Rufbereitschaft, Opt-Out, Übertragbarkeit von Urlaubstagen und zur Verlängerung der Arbeitszeiten vorschlägt.



Nach der Europawahl gibt es keine eindeutige konservativ-liberale Mehrheit mehr, gleichzeitig ist eine Mehrheit gegen eine der beiden großen Fraktionen kaum möglich. Selbst mit der ECR fehlen der Volkspartei und den Liberalen 20 Mandate auf eine absolute Mehrheit von 376 Stimmen. Sozialdemokraten, Linke und Grüne kommen zusammen auf 293 Mandate, damit fehlen der sogenannten „arbeitnehmerfreundlichen Mehrheit“ 83 Mandate bis zur absoluten Mehrheit.

Bundesfachgruppe *Feuerwehr*

Welche Auswirkungen die neuen Mehrheitsverhältnisse, die eine engere Kooperation zwischen EVP und S&D unumgänglich machen, auf die Diskussion um die Arbeitszeitrichtlinie haben werden, ob die Fraktionen sich beim kleinsten gemeinsamen Nenner treffen werden, bleibt abzuwarten.

Ver.di und ihre Bündnispartner beim EGB und EGÖD wappnen sich für die Auseinandersetzungen und haben bereits erste Gespräche mit neu- bzw. wiedergewählten Abgeordneten geführt.

Weitere Nachrichten der Bundesfachgruppe Feuerwehr auf:

www.feuerwehr.verdi.de

Nachrichten aus den Ländern z.B. aus Hamburg auf:

www.feuerwehr-hh.verdi.de oder
<https://www.facebook.com/verdi.feuerwehr.hh>

und bei den übrigen Landesfachgruppen auf:

<http://feuerwehr.verdi.de/landesfachgruppen>

Impressum: Feuerwehrreport. Eine Publikation des ver.di-Bundesfachbereichs Gemeinden, Bundesfachgruppe Feuerwehr, v.i.S.d.P.: Arno Dick